

ging unmittelbar nach Jakunins Verhaftung in die Hände des orthodoxen Priesters *Nikolaj Gajnow* über. Außerdem schlossen sich weitere Geistliche der Gemeinschaft an, die ihre Namen aus Sicherheitsgründen vorerst nicht bekanntgegeben haben. Ganz offen hingegen trat dem Komitee vor etwa einem Jahr der Dozent an der Geistlichen Akademie von Zagorsk, Professor *Wasilij Fontschenkow*, bei. Bemerkenswerterweise ist er bisher vom Moskauer Patriarchat deswegen noch nicht suspendiert worden, woraus wohl geschlossen werden darf, daß man in diesem Gremium dem Komitee nicht grundsätzlich negativ gegenübersteht, wenn auch einige Vertreter des Moskauer Patriarchats im Zusammenhang mit dem Nairobi-Brief belastend gegen Jakunin vor Gericht ausgesagt haben.

Aber nicht nur das Moskauer Komitee ist derzeit Angriffspunkt für die sowjetischen Behörden, sondern auch das *Katholische Komitee für die Verteidigung der Rechte der Gläubigen*, das am 13. November 1978 von fünf litauischen Priestern in Moskau gegründet wurde und seither eng mit dem Christlichen Komitee zusammenwirkt. Es arbeitet in der Hauptsache in Litauen, konstituierte sich jedoch in der sowjetischen Hauptstadt, da es in Litauen keine ausländischen Korrespondenten gibt und die westliche Öffentlichkeit von der Gründung informiert werden sollte. Noch am Gründungstag baten die Geistlichen Papst Johannes Paul II. um seine Schirmherrschaft. In den folgenden Monaten publizierten sie eine Reihe von Dokumenten, in denen die Verletzungen der Religionsfreiheit angeprangert wurden, und initiierten im Frühjahr 1979 eine Unterschriftenaktion unter dem litauischen Klerus mit dem Resultat, daß 522 von insgesamt 708 litauischen Priestern eine Resolution unterzeichneten, derzufolge sie die sowjetischen Gesetze nicht mehr befolgen würden, soweit sie den Gesetzen der Kirche widersprechen. Seither wächst die Zahl der Geistlichen, die offen Religionsunterricht erteilen; daß Jungen bei der Messe dienen, Kinder im Kirchenchor singen und an Prozessionen teilnehmen, ist in der ge-

samten Sowjetunion zwar strengstens verboten, in Litauen heute aber eine Selbstverständlichkeit. Wieweit das Priesterkomitee auch an der Unterschriftenaktion zur Wiedereröffnung der katholischen Kirche von Klaipeda (Memel) beteiligt war, ist unbekannt. Jedenfalls wurden die Behörden 1979 mit der Tatsache konfrontiert, daß nahezu 150 000 Gläubige die Bittschrift unterzeichneten – etwa so viele Personen, wie Memel heute Einwohner zählt, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß auch aus anderen Teilen des Landes Unterschriften eingegangen waren.

Offenbar waren diese Aktivitäten der litauischen Katholiken mehr, als die sowjetischen Behörden ertragen konnten. Im April dieses Jahres begannen zunächst strenge Haussuchungen bei den beteiligten Priestern. Mitte Juni wurde einer von ihnen, Pfarrer *Sigitas Tamkevicius*, verhaftet und wartet in einem Wilnaer Gefängnis auf seinen Prozeß. Aber auch katholische Laien waren in Litauen Opfer der neuen Verfolgungswelle, die hier später als in der RSFSR einsetzte. Hier wie dort wird aber der eigentliche Erfolg ausbleiben, denn schon bei der Gründung des Katholischen Komitees erklärten die Priester, daß bei etwaigen Verhaftungen genügend Nachfolger bereitstünden – eine Aussage, die

glaubhaft ist, wenn man bedenkt, daß drei Viertel aller litauischen Geistlichen die Erklärung des Komitees zur Nichtbefolgung der sowjetischen Gesetze unterschrieben haben.

Die Sowjetregierung will offensichtlich vor Beginn der Madrider KSZE-Folgekonferenz im November dieses Jahres das gesamte Dissidentenproblem vom Tisch haben. Eine etwaige nachträgliche Verurteilung durch die westlichen Staaten dürfte sie dann kaum noch erschüttern. Dennoch müßte eine solche Verurteilung schon deswegen erfolgen, um kommenden Aktionen wie diesen zwischen der Belgrader und der Madrider Konferenz entgegenzuwirken. Eine entsprechende Verlautbarung veröffentlichte das britische Außenministerium einen Tag nach der Urteilsverkündung gegen Jakunin: Dieses Urteil und der Prozeß gegen Tatjana Welikanowa „bestärken unsere Ansicht, daß eine Untersuchung über die Anwendung der auch von der UdSSR unterzeichneten Schlußakte von Helsinki in der Sowjetunion bei der nächsten Konferenz in Madrid notwendig ist“, erklärte der Sprecher des Ministeriums. Denn hierin dürfte die Sowjetunion einem Irrtum unterliegen: das Problem der christlichen Renaissance läßt sich nicht durch die Verurteilung einiger „Anführer“ erledigen. D. T.

Guatemala: Kirchenverfolgung in politischer Krisensituation

In keinem anderen Land Lateinamerikas, das im Bürgerkrieg lebende El Salvador eingeschlossen, haben sich politische Gewalttätigkeit, Terror und Repression in diesem Jahr so ungehindert ausbreiten können wie in Guatemala. Allein von Januar bis Juni sind nach Auskunft der guatemalteki-schen „Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden“ mindestens 4000 Menschen politischen Attentaten zum Opfer gefallen. Im Kampf gegen die „kommunistische Subversion“, zu der das Regime des Generals *Romeo Lucas García* sowohl die legalen oppositionellen Kräfte wie auch die sich im Untergrund formierenden Guerilla-

Gruppen (darunter die „Guerilla-Armee der Armen EGP“, „Bewaffnete Revolutionskräfte FAR“, „Revolutionäre Organisation des bewaffneten Volkes ORPA“) zählt, stützt sich die Regierung auf Armee, Polizei und schlagkräftige paramilitärische Geheimbünde rechtsextremistischer Prägung („Geheime antikommunistische Armee ESA“, „Weiße Hand“, „Todeschwadron“).

Ebenso erschreckend wie das Faktum und das Ausmaß der Gewalttaten in dem mittelamerikanischen Land ist jedoch für ausländische Beobachter die öffentliche und die allgemeine Reaktion auf den alltäglichen Terror. Of-

fenbar haben Häufigkeit und Regelmäßigkeit der Gewalttätigkeit bei der Bevölkerung einen Gewöhnungseffekt erzielt, die Gewalt bereits als Normalität versteht. Anzeichen dafür sind die lakonischen Berichte in der guatemaltekischen Presse über Funde von Leichen, die Todesursachen der Opfer und das Ausmaß ihrer Verstümmelung; die freimütigen Mitteilungen der Krankenhäuser über die tägliche Anzahl von Autopsien (im allgemeinen Krankenhaus von Guatemala-Stadt werden nach Aussage seines Direktors täglich bis zu 30 Leichen untersucht, die Spuren von Erdrosselung oder Schußwunden zeigen). Weitere Symptome sind das ungenierte Vorgehen der um öffentliche Empörung unbesorgten Mörderbanden und die unverhüllt demonstrierte Tatenlosigkeit der Regierung und der Gerichte, wie sie in anderen autoritär oder diktatorisch geführten Regimen Lateinamerikas kaum denkbar wären.

Die Normalität der Gewalt, auch in ihren brutalsten Formen, ist einer der Gründe für die *geringe in- und ausländische Publizität und Anteilnahme* an dem desolaten politischen Zustand des Landes. Berichte über das von der Armee ausgeführte Massaker von Panzos an hundert indianischen Landarbeitern am 28. Mai 1978, den Brand in der von Indios besetzten spanischen Botschaft vom 31. Januar 1980, der 39 Menschen das Leben kostete, und den Rücktritt des guatemaltekischen Vizepräsidenten *Francisco Villagrán Kramer* am 2. September aus Protest gegen die reformfeindliche, die Menschenrechte mißachtende Politik des Regimes warfen nur kurze Schlaglichter auf das seit 1954 gewaltsam regierte Land.

Der politische Umsturz in Nicaragua und der Bürgerkrieg in El Salvador rückten Guatemala zunächst noch mehr in den Schatten der weltpolitischen Aufmerksamkeit. Die von diesen Nachbarländern ausgehenden Impulse haben aber bewirkt, daß die oppositionellen Kräfte erste Versuche der Koordinierung unternahmen (Zusammenschluß zu einer „Demokratischen Front gegen die Repression“). Gleichzeitig verstärkten Regierung und Armee den Kampf gegen die Gue-

rilla und die legale Opposition, indem sie den rechtsextremen Kräften bei ihren „Abschreckungs“-Aktionen freie Hand ließen. Nach einem selektiven Prinzip betreibt die Ultrarechte die Beseitigung möglicher künftiger Volksführer. In den vergangenen Monaten wurden acht Universitätsprofessoren, drei renommierte Anwälte, ein christdemokratischer Politiker, Journalisten, Studenten sowie zahlreiche Bauern- und Gewerkschaftsführer von „stark bewaffneten Kommandos in Zivil“, wie es gleichlautend in offiziellen Mitteilungen heißt, ermordet. Die Zahl der politischen Morde, die auf das Konto der Linken geht, ist vergleichsweise gering. Offenbar hat die Guerilla den offenen Kampf gegen das Regime noch nicht aufgenommen.

Wie im vergangenen Jahr in El Salvador ist die *katholische Kirche Guatemalas* in den letzten Monaten Gegenstand und zunehmend auch Opfer der politischen Krisensituation und des systematischen Terrors geworden. Das Ausmaß der Kirchenverfolgung in der Provinz El Quiché bewog den Ortsbischof und Vorsitzenden der guatemaltekischen Bischofskonferenz, *Juan Gerardi*, das kirchliche Personal abzuziehen und das Bistum in die Obhut der Nuntiatur zu geben. Der Bischof selbst reiste Ende August im Auftrag der Bischofskonferenz zur Berichterstattung nach Rom.

Seit Mai dieses Jahres sind vier Priester von Unbekannten ermordet worden: am 13. Mai wurde der aus Belgien stammende *Walter Voordeckers* in Santa Lucia Cotzumalguapa (Bistum Esquintla) auf offener Straße von drei bewaffneten Männern erschossen. Voordeckers hatte wenige Tage zuvor während einer Messe die Freilassung seines Freundes *Conrado de la Cruz* gefordert. Der von den Philippinen stammende Pater war am 1. Mai in Guatemala-Stadt zusammen mit dem Katechisten *Herlindo Cifuentes Castillo* von sechs bewaffneten Polizisten in Zivil festgenommen und an einen unbekanntem Ort entführt worden; Ende Juli wurde die Leiche des Paters gefunden. Am 6. Juni wurden der spanische Missionar *José Maria Gran Cirera*, Pfarrer von Chajul, sowie sein Pastoralhelfer *Domingo Bats* hinter-

rücks ermordet, als sie von Seelsorgebesuchen in entlegene Dörfer des Pfarrbezirks zurückkehrten. Am 10. Juli erschossen Unbekannte *Fastino Villanueva*, einen spanischen Mitbruder Cireras, in seinem Rektorat in Joyabaj/El Quiché. In keinem der Mordfälle erfolgte eine gerichtliche Untersuchung.

Von politischem Terror derart massiv betroffen, trat die *kirchliche Hierarchie* zwischen Mai und Juli mit *drei Erklärungen* an die Öffentlichkeit, nachdem sie – auch aufgrund innerer Spannungen – in den Jahren zuvor politische Stellungnahmen vermieden hatte. So wurde das Informationsdefizit über die Lage in Guatemala auch nicht – wie in anderen Ländern Lateinamerikas, etwa Chile oder Brasilien – durch kirchliche Stellen ausgefüllt. Der einflußreiche Erzbischof von Guatemala-Stadt, Kardinal *Mario Casariego*, suchte im Gegenteil klare Stellungnahmen des Episkopats zur konkreten politischen Situation des Landes zu verhindern. Er gilt in Guatemala als Stütze der dünnen Oberschicht und damit des Regimes. Unter dem entschiedensten der drei Hirtenbriefe der Bischöfe, dem vom 13. Juni, fehlt denn auch die Unterschrift des Kardinals.

„Guatemala durchlebt gegenwärtig eine tiefe Krise der Menschlichkeit. Das deutlichste Zeichen dieser Tatsache ist die Gewalt, die bei uns schier unvorstellbare Maße angenommen hat. Es wird gemordet, entführt und gefoltert; sogar die Leichen der Opfer werden grausam geschändet. Auch andere Formen der Gewalt nehmen überhand: Verleumdung, Denunziation, Lüge und die Manipulation des Gewissens durch die Massenmedien“, heißt es in dem Schreiben der Bischöfe. Sie erinnern an ihre frühere Mahnung, nach einer Lösung der politischen Probleme in Gerechtigkeit und brüderlicher Liebe zu suchen: „Einige Gruppierungen haben dies jedoch schroff abgelehnt und eine heftige Verfolgung des Gottesvolkes und seiner Seelsorger begonnen, wodurch alle Wege zu einem ehrlichen und konstruktiven Gespräch versperrt wurden.“

Die Bischöfe nennen unter den Merk-

malen für die gegenwärtige „Kirchenverfolgung“ an erster Stelle die „Verflechtung, Folterung und Ermordung von zahlreichen Katechisten, Verkündern des Wortes und anderer Christen“, im weiteren die Priester- und Bischöfe, Priester und Pastoralarbeiter sowie die „entwürdigende Verleumdungskampagne . . . , die zum Ziele hat, ein Klima des Mißtrauens zwischen Gläubigen und ihren Seelsorgern heraufzubeschwören“. Charakteristisch für den Tenor des Hirtenschreibens ist, daß die ermordeten Priester als „Märtyrer Christi“ bezeichnet werden, „die ihr Leben für das Evange-

lium hergaben“. Die Auftraggeber wie die Mörder der Priester werden ausdrücklich exkommuniziert; „desgleichen können sich jene Personen nicht als Katholiken betrachten, die Haß und Zerstörungskampagnen fördern, unterstützen oder finanzieren“. Mit Nachdruck warnen die Bischöfe vor dem Irrtum, die Verfolgung der Kirche diene der Unversehrtheit des wahren Glaubens und helfe, die Gefahr des Kommunismus zu bannen.

Nach der Veröffentlichung dieses Hirtenbriefes wurden Morddrohungen gegen die Bischöfe *Gerardo Flores Reyes* von Verapaz und *Mario Rios Montt* von Esquintla bekannt. Bischof

Rios hatte die Festnahme und Entführung von 17 Gewerkschaftsführern am 24. August öffentlich verurteilt. Bischof Gerardi entkam am 19. Juli einem Attentatsversuch. Vom 29. Juni bis 2. Juli veranstalteten die Ordensleute Guatemalas ihren zweiten Nationalkongreß; das vom Plenum verabschiedete Dokument „Herausforderungen und Antworten“ beklagt unter anderem den Mangel an prophetischen geistlichen Führern: „Wir brauchen jemanden, der den Schrei des Volkes hört und zu seiner Verteidigung antritt . . . Wie schmerzlich empfindet unsere Kirche, daß sie keinen Bischof Romero hat.“ G.B.

Entwicklungen

Kirchenbindung und politisches Bewußtsein

Zusammenhänge zwischen Konfessionalität und Politikverständnis

Empirische Politikforschung, insbesondere die sozialwissenschaftlich ausgerichtete Wahlforschung, ist in der Bundesrepublik Deutschland verhältnismäßig junges Datum. Soweit sie dabei systematisch Umfrageergebnisse benutzt, ist ihr Beginn – von einigen verstreuten, heute kaum noch bekannten Publikationen aus den fünfziger Jahren abgesehen – erst mit der sogenannten Kölner Wahlstudie aus dem Jahre 1961 anzusetzen. Seither läßt sich, neben manchen anderen relativ konstanten Zusammenhängen zwischen Parteipräferenz und bestimmten sozialen Merkmalen der Wähler, die Beobachtung machen, daß Protestanten deutlich häufiger als Katholiken die SPD bevorzugen.

Der Kirchengang als politischer Indikator

Aber, und das ist im Trendvergleich die wesentliche Beobachtung, dieser Unterschied im Wahlverhalten von Protestanten und Katholiken wird stetig, wenn auch langsam immer geringer. Bei der Umfrage der Kölner Wahlstudie bekundeten 1961 noch rund 50 Prozent der Protestanten eine Wahlabsicht zugunsten der SPD. Bei den Katholiken waren es 24 Prozent. (Prozentuierung unter Ausschluß der Antwortverweigerer und der Stimmen für andere als die drei Bundestagsparteien.) Es bestand also eine Differenz von 26 Prozentpunkten. 1965 betrug diese Differenz nur noch

24 Prozentpunkte, 1972 noch 20 und 1980, einer Anfang dieses Jahres vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführten Untersuchung zufolge, gar nur noch 18 Prozentpunkte. Ohne an dieser Stelle bereits zu fragen, welche „metaphysischen“ Begründungen für die Parteipräferenzen von Protestanten und Katholiken herangezogen werden können, müssen zwei weitere Ergebnisse angefügt werden: Das erste besteht darin, daß sich *ganz erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten* aufzeigen, wenn man die Befragten nach ihrer Kirchengangshäufigkeit untergliedert: Je regelmäßiger der Kirchenbesuch ist, desto deutlicher fällt die Präferenz für die Unionsparteien aus. Das gilt nicht nur für Katholiken, bei denen man dies auch am ehesten erwarten würde, sondern ebenso für Protestanten, wenn auch bei ihnen in vergleichsweise schwächerem Maße. Die *Kirchengangshäufigkeit* ist hier als Indikator für die Einbindung des Individuums in ein Netzwerk der sozialen Vermittlung von Werten und Normen, sehr global auch: von Weltanschauung, zu begreifen, die auf den ersten Blick gar nichts mit Politik zu tun haben mögen, die gleichwohl aber für die Entwicklung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen Relevanz besitzen.

Das zweite Ergebnis einer Langzeitbeobachtung anhand von Umfragen in diesem Zusammenhang ist, daß die Kirchengangshäufigkeit in den letzten 25 bis 30 Jahren zu-